

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Leitbild

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH erforschen Bedingungen des Friedens. Sie analysieren, prüfen und entwickeln Strategien zur Vermeidung und Minderung kollektiver Gewalt. Der besondere Ansatz des IFSH liegt in der analytischen Verbindung von Grundlagen der Friedensforschung mit aktuellen Fragen der Sicherheitspolitik. Das IFSH verbindet exzellente Forschung mit interdisziplinärer Lehre, Nachwuchsförderung und praxisrelevanter Beratung politischer und gesellschaftlicher Akteure. Als eigenständiges wissenschaftliches Institut kooperiert das IFSH mit der Universität Hamburg, Institutionen in der Metropolregion Hamburg sowie nationalen und internationalen Partnern.

Mittelfristiges Arbeitsprogramm 2013-2018

„Friedensstrategien heute – Friedens- und Sicherheitspolitik an Bruchstellen der Globalisierung“

Zusammenfassung

Mit seinem Arbeitsprogramm verfolgt das IFSH drei Ziele: es will die Tragfähigkeit liberaler Friedensstrategien unter den Bedingungen der Globalisierung überprüfen, Kriterien für die Angemessenheit der Friedens- und Sicherheitspolitik deutscher und europäischer politischer Akteure erarbeiten und Ansätze für eine kohärente Friedenspolitik unter Globalisierungsbedingungen entwickeln. Hierzu werden ausgewählte Problemfelder untersucht, in denen Gewalt auszubrechen droht oder ein Gewaltausbruch bereits stattgefunden hat.

Friedensstrategien, die kollektive Gewaltanwendung weltweit durch Demokratisierung, wirtschaftliche Verflechtung, Rechtsstaatlichkeit und Verteilungsgerechtigkeit verhindern wollen, werden zunehmend in Frage gestellt. Dies geschieht auf unterschiedlichen Ebenen. Zum einen ist die Kritik grundsätzlicher Natur: Mit der Globalisierung, so das Argument, verändern sich die Bedingungen, die notwendig sind, um kollektive Gewaltanwendung zu verhindern, einzudämmen oder zu beenden. Liberale Friedensstrategien seien mit diesen veränderten Gegebenheiten nicht (mehr) kompatibel. Zum anderen richtet sich die Kritik an die politische Praxis: Liberale Friedensstrategien dienen zwar häufig noch immer als gedanklicher Orientierungsrahmen, in der praktischen Politik verdrängen sicherheitspolitische Erwägungen aber zunehmend die Friedenspolitik. Dies gilt sowohl für Deutschland als auch für die Europäische Union. Haben sich liberale Friedensstrategien als wirkungslos erwiesen oder spiegeln sich hier grundsätzlich veränderte politische Zielsetzungen wider? Wie müssen liberale Friedensstrategien verän-

dert oder angepasst werden, um handlungsleitend für die deutsche und europäische Politik zu bleiben?

Diese Fragen werden in drei Forschungsclustern bearbeitet:

1. Wandel der Formen kollektiver Gewaltanwendung,
2. Veränderungen der globalen Machtarchitektur und
3. globalisierungsbedingte Autonomie- und Legitimationsverluste innerhalb von Gesellschaften.

Diese Forschungsfelder wurden wegen ihrer besonderen Relevanz für die zukünftige Gestaltung der deutschen und europäischen Friedenspolitik ausgewählt.

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Friedensbedingungen im Verständnis liberaler Friedenstheorien	5
3. Welt im Wandel: Formenwandel von Gewalt und Bruchstellen der Globalisierung	6
3.1 Formenwandel von Gewalt	7
3.2 Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen	8
3.3 Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale	9
4. Folgen für deutsche und europäische Friedens- und Sicherheitsstrategien	10
5. Leitfragen und Forschungscluster	11
5.1. Forschungscluster 1: Formenwandel von Gewalt	12
5.1.1 Forschungsfeld „Gewalteinsatz und Kriegführung“	12
5.1.2 Forschungsfeld „Waffentechnologie und Proliferation“	12
5.2. Forschungscluster 2: Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen	13
5.2.1 Forschungsfeld „Europa als Friedensstifter“	13
5.2.2 Forschungsfeld „Perspektiven für die eurasisch-atlantische Friedensordnung“	13
5.3. Forschungscluster 3: Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale	13
6. Abteilungen – Arbeitsgruppen	14
7. Vernetzung	15
7. Lehre und Nachwuchsförderung	16
7.1. Masterprogramm „Peace and Security Studies“	16
7.2 Doktorandenförderung	16
7.3 Post-doc-Förderung	17
8. Transferleistungen und Öffentlichkeitsarbeit	17

1. Einleitung

Ausgangspunkt des Arbeitsprogramms ist die Beobachtung, dass „Frieden“ und „Friedenspolitik“ gegenüber anderen Konzepten wie „Sicherheit“ und „Sicherheitspolitik“ in der jüngeren Vergangenheit an Bedeutung verloren haben. Das gilt sowohl für die internationale akademische Diskussion, in der in den letzten zehn Jahren weit mehr über Sicherheit als über Frieden nachgedacht worden ist, als auch für die Politik. Sicherheitspolitik dominiert in offiziellen Dokumenten wie in aktuellen politischen Diskursen.

Der Bedeutungsverlust von „Frieden“ als analytischem Begriff und „Friedenspolitik“ als handlungsleitendem Konzept ist, so eine diesem Arbeitsprogramm zu Grunde liegende Annahme, vorrangig Folge veränderter globaler Rahmenbedingungen, die in dem Begriff Globalisierung zusammengefasst werden können. Globalisierung lässt sich als eine beispiellose Beschleunigung von Verflechtungsprozessen und Interdependenzen in Bereichen wie Ökonomie, Sicherheit, Kultur/Kommunikation und Umwelt definieren. Über das Ende des Ost-West-Konflikts hinaus sind im Zuge vielgestaltiger Globalisierungsprozesse zum einen Gesellschaften zusammengewachsen und Konflikte entschärft worden, zum anderen aber auch neue Zerklüftungen und Bruchstellen entstanden. Hierzu ist bereits umfangreich geforscht worden, allerdings mit dem Schwerpunkt auf wirtschaftlichen und politischen Folgen der Globalisierung. Noch relativ wenige – und oftmals auch widersprüchliche – Beiträge beschäftigen sich mit den Auswirkungen auf Frieden und Sicherheit.

Mit dem Arbeitsprogramm will das IFSH bewusst die Begriffe Frieden, Friedensstrategien und Friedenspolitik in einer sich globalisierenden Welt in den Mittelpunkt rücken. Dabei werden aber nicht vorrangig die angenommenen „Sonnenseiten“ der Globalisierung, sondern deren potenzielle „Schattenseiten“ untersucht, das heißt nicht deren pazifizierende Wirkungen, sondern deren Zerklüftungen und Bruchstellen, die wiederum Gefährdungen von Frieden und Sicherheit nach sich ziehen können. Typischerweise werden diese Herausforderungen vor allem als sicherheitspolitische Probleme gesehen, als solche, denen mit Abwehr, Eindämmung oder Bekämpfung begegnet werden muss. Im Rahmen des Arbeitsprogramms wird untersucht, inwieweit traditionelle liberale friedensstrategische Ansätze angemessen sind bzw. inwieweit Alternativen besser geeignet wären, um diesen Problemen zu begegnen. Gegenstand der analytischen Arbeit sind sowohl liberale friedentheoretische Konzepte als auch die aus ihnen entwickelten friedenspolitischen Instrumente und Maßnahmen. Die Annahmen der Friedenstheorien werden daraufhin geprüft, ob sie die Realität einer sich globalisierenden Welt und deren Zerklüftung erfassen. Die aus ihnen abgeleiteten Strategien sind daraufhin zu untersuchen, ob mit ihrer Hilfe die Entstehung und Anwendung kollektiver Gewalt an Bruchstellen der Globalisierung tatsächlich verhindert werden kann. Die analytische Arbeit erfolgt forschungsstrategisch in drei Schritten:

- Zunächst stellt sich die Aufgabe zu untersuchen, inwieweit eine „positive“ Bestimmung von Frieden unter veränderten, sich dynamisch wandelnden Bedingungen kollektiver Gewaltanwendung möglich ist. Hierzu ist ein differenzierter

Blick auf globale und lokale Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges notwendig: auf gesellschaftlich integrierende wie fragmentierende Prozesse, auf Gewinner wie Verlierer der Globalisierung, auf Vereinheitlichung wie Zerklüftung in der Welt.

- In einem zweiten Schritt geht es darum, ausgewählte, auf die Herstellung und Stabilisierung von Frieden gerichtete Strategien, Instrumente und Maßnahmen daraufhin zu bewerten, ob sie unter den gegebenen Bedingungen noch geeignet sind, die gesetzten Ziele zu erreichen. Angestrebt ist dabei ein friedenspolitisch erweiterter Blick auf die oftmals thematisch und zeitlich eng gefassten Diskussionen über Sicherheit und Sicherheitspolitik.
- Aus diesen Analysen versuchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH schließlich Kriterien für die Modifikation bzw. Neuformulierung von Elementen einer Friedensstrategie unter Globalisierungsbedingungen zu gewinnen. Diese können dann wiederum als Prüfsteine für europäisches und deutsches politisches Handeln herangezogen werden. Sie sollen eine Beurteilung darüber ermöglichen, ob und inwieweit dieses Handeln Anforderungen an eine konsistente Friedenspolitik unter Globalisierungsbedingungen genügt.

Angesichts der Fülle möglicher Forschungsthemen zu den Folgen der Globalisierung auf die Anwendung kollektiver Gewalt ist eine Fokussierung notwendig. Im Rahmen dieses Arbeitsprogramms stehen drei Felder im Vordergrund, die von besonderer Relevanz für friedens- und sicherheitspolitische Akteure in Deutschland und Europa sind:

1. Der Wandel der Formen kollektiver Gewaltanwendung. Mit diesem Wandel und seinen Folgen müssen sich Friedenstheorien und -strategien bereits heute auseinandersetzen.
2. Die Veränderung der globalen Machtarchitektur und die vor allem in der Zukunft aus ihr erwachsenden Konsequenzen für die internationale Normenbildung, Normendurchsetzung und Verregelung von friedensgefährdenden Problemlagen.
3. Globalisierungsbedingte Autonomie- und Legitimationsverluste, in deren Folge es innerhalb von Gesellschaften, insbesondere auch in hoch entwickelten Industriegesellschaften, zur Anwendung kollektiver Gewalt kommen kann.

Mit dieser Neuausrichtung des Arbeitsprogramms knüpft das IFSH an seine bisherigen Forschungstätigkeiten zu Fragen deutscher und europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik an und justiert sie auf die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen und Dynamiken sowie die sich daraus ergebenden friedenspolitischen Konsequenzen. Damit steht das neue Arbeitsprogramm in einer Kontinuität der Problematisierung und Konkretisierung von Friedensstrategien und Sicherheitspolitik angesichts sich verändernder weltpolitischer Rahmenbedingungen, die für die Arbeit des IFSH seit 1971 erkenntnisleitend ist.

Auf dieser Grundlage ist das IFSH in hervorragender Weise geeignet, die Bedingungen und Konsequenzen von Friedensstrategien unter den Bedingungen der Globalisierung zu untersuchen. Durch den Fokus auf die analytische Verbindung von grundlegenden Ansätzen der Friedensforschung mit Herausforderungen der aktuellen Sicherheitspolitik grenzt sich das IFSH sowohl von anderen Forschungseinrichtungen der Friedensforschung wie der Sicherheits- und Regionalforschung ab. In dieser Kombination sind sie ein Alleinstellungsmerkmal des IFSH.

2. Friedensbedingungen im Verständnis liberaler Friedenstheorien

Liberaler Friedensstrategien an der Grenze zwischen „westfälischem“ und „postwestfälischem“ Weltverständnis sind für politische und gesellschaftliche Akteure in Deutschland und Europa, aber auch in den Vereinten Nationen, von besonderer Bedeutung und bestimmen in hohem Maße deren Rhetorik. Dies zeigt sich etwa am Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung oder an den „Allgemeinen Bestimmungen über das Auswärtige Handeln der Union“ im Vertrag von Lissabon (Art. 21).

Wesentliche Grundlagen liberaler Friedensstrategien sind zum einen theoretische Überlegungen liberaler Denker, beginnend mit Immanuel Kant, zum anderen die historischen Erfahrungen in Europa nach dem Ende des 2. Weltkriegs. Gemeinsam ist liberalen Friedenstheorien die Vorstellung von Frieden als gesellschaftlichem Prozess, in dessen Verlauf kollektive Gewaltanwendung immer unwahrscheinlicher wird. Liberale Friedenstheorien legen maßgebliches Gewicht auf die Demokratisierung von Herrschaftssystemen und die Schaffung von Rechtsstaatlichkeit, da sie die Entscheidung über Krieg und Frieden an den Willen der Gesellschaft binden. Autokratische Herrschaftssysteme werden, da sie vorrangig den Interessen ihrer Eliten dienen und gesellschaftliche Anforderungen kaum berücksichtigen müssen, als weniger friedensfähig angesehen als Demokratien.

Diese innergesellschaftlichen Prozesse sehen die Vertreter liberaler Friedenstheorien in einem komplementären Verhältnis zu einer zunehmenden zwischenstaatlichen Integration auf verschiedenen funktionalen und internationalen Ebenen, wie es etwa in Schlagworten wie „Frieden durch Recht“, „Frieden durch Handel“ und „Frieden durch Völkerbund“ zum Ausdruck kommt. Exemplarisch finden sich solche Vorstellungen etwa in dem von Karl Deutsch und seinen Mitarbeitern bereits in den 1950er Jahren ausgearbeiteten Konzept der „Sicherheitsgemeinschaft“, das die Herausbildung von Friedenszonen als Ergebnis kollektiver Lernprozesse fasst, oder der von der sogenannten „Englischen Schule“ vertretenen Idee einer „Gesellschaft von Staaten“. Die bereits aus dem 19. Jahrhundert stammende Vorstellung, dass vor allem auch ökonomische Verflechtungen zwischen Gesellschaften zu Frieden führen, hat jüngst eine Wiederbelebung durch die Theorie des „kapitalistischen Friedens“ erfahren“, lebt aber auch in kosmopolitischen Friedensstrategien fort. Schließlich werden institutionelle und funktionale Elemente in Security-Governance-Ansätzen zusammengeführt, die auf die Schaffung von Regelungen

zur dauerhaften Bearbeitung von Konflikten unter Einschluss aller von den Regelungen betroffenen Akteure zielen.

Ein weiteres zentrales Element vieler (aber nicht aller) liberaler Friedentheorien ist der Hinweis auf die friedensschaffende Bedeutung zunehmende Verteilungsgerechtigkeit, sowohl auf inner- wie auf zwischenstaatlicher Ebene. Während die Chancengleichheit im klassisch liberalen Denken im Vordergrund steht, verweisen Autoren wie Ernst-Otto Czempiel und Dieter Senghaas auf die Notwendigkeit materieller Gerechtigkeit.

Die aus den Friedentheorien abgeleiteten Gesellschaftsmodelle sind gleichzeitig Ordnungs- und Herrschaftsmodelle. So beruht das in Europa dominierende liberale Friedensmodell auf einer Verbindung von drei Elementen: Demokratie, einer mit sozialen Ausgleichsmechanismen versehenen und am Freihandel orientierten Marktwirtschaft sowie Verteilungsgerechtigkeit. Friedensstrategisch befürworten die Vertreter dieses Modells die weltweite Beförderung dieser Bedingungen durch Institutionalisierung und Verrechtlichung auch auf internationaler Ebene. In den liberalen Friedentheorien wird die „universale“ Geltung dieser Bedingungen und eine normative Prägekraft des „Westens“ vorausgesetzt. Indem die Figur des „Friedens“ im Wesentlichen liberal-universalistischen Prinzipien und Vorstellungen folgt, ist sie immer auch Ausdruck einer bestimmten Epoche und historischen Konstellation.

3. Welt im Wandel: Formenwandel von Gewalt und Bruchstellen der Globalisierung

Die historische Konstellation, in der die beschriebenen Friedentheorien und -strategien zuletzt ausdifferenziert wurden, befindet sich schon seit einiger Zeit im Umbruch. Konstitutives Merkmal dieses Wandels ist die Globalisierung.

Anders aber als von frühen Globalisierungstheoretikern und auch von einer Reihe von Friedensforschern/innen angenommen, hat die im Zuge der Globalisierung zu beobachtende Beschleunigung von gesellschaftlichen Verflechtungen nicht überall und nicht linear zu einer von der liberalen Friedenstheorie prognostizierten Verstetigung des Friedens geführt. Weder ist eine allgemeine Konvergenz von Gesellschaften auf der Grundlage von innerstaatlicher Demokratie und Marktwirtschaft feststellbar noch ist eine wirkungsvolle universale Verrechtlichung und globale Institutionalisierung erfolgt.

Stattdessen hat die Globalisierung auch Gegentendenzen hervorgebracht: Zu beobachten sind lokale Widerstände, Regionalisierungs-, Fragmentierungs- und Exklusionstendenzen, Traditionalisierungen und Sonderwege, die im Sinne James Rosenaus als „Turbulenzen“ und als „andere Seite“ der Globalisierung bezeichnet werden können. Zum einen produziert die Globalisierung Verlierer, die an den stabilisierenden und wohlstandsmehrenden Effekten der Globalisierung nicht teilhaben (können). Zum anderen entstehen durch die Globalisierung neue Möglichkeiten für wirkungsmächtige Akteure, die die Vorteile der Globalisierung für sich zu nutzen suchen.

Charakteristisch ist die Verstärkung „hybrider“ Mischformen moderner Gesellschaften, heterogener, simultan vorkommender unterschiedlicher Formen und Ausprägungen von gesellschaftlicher Identität und Organisation. Durch die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, das dauerhafte Auseinanderklaffen von Tradition und Moderne, ist eine komplexe Situation entstanden, die es differenziert zu betrachten und zu analysieren gilt.

Wir konzentrieren uns in der Forschung auf drei Entwicklungen, die die in Europa und Deutschland dominierenden Friedensstrategien in besonderer Weise auf die Probe stellen: Erstens ist gegenwärtig bereits ein Wandel bei den Formen des gewaltsamen Austrags von Konflikten zu beobachten. Er zwingt zum Nachdenken darüber, was noch als „Krieg“ und als „Frieden“ zu bezeichnen, wer als Kriegsbeteiligter zu kategorisieren ist und wie diesen Entwicklungen und Phänomenen durch Verrechtlichung und Kontrollmechanismen Rechnung getragen werden kann. Zum zweiten finden Verschiebungen im internationalen Machtgefüge statt, die insbesondere durch ökonomisch erfolgreiche Staaten vorangetrieben werden, die nicht der OECD-Welt angehören und teils autokratisch regiert werden. Mit diesen Verschiebungen ist eine Verschärfung von globalen Interessengegensätzen und auf westlicher Seite ein Verlust an Gestaltungsmacht verbunden. Drittens geraten aufgrund von globalisierungsbedingten Entwicklungen auch die westlichen Demokratien im Inneren unter Druck. „Unverfasste“ Globalisierungskräfte, etwa global agierende transnationale Akteure, drohen die Fundamente, auf denen die Demokratien beruhen, auszuhöhlen. Diese Entwicklungen sind von den Friedensstrategien, insbesondere den dominierenden liberalen, noch nicht ausreichend erfasst worden und ihre Vertreter haben noch keine Ideen und Instrumente entwickelt, um damit angemessen umzugehen.

3.1 Formenwandel von Gewalt

Daten aus der empirischen Konfliktforschung zeigen, dass Häufigkeit und Intensität zwischen- und innerstaatlicher Gewaltkonflikte in den vergangenen beiden Jahrzehnten abgenommen haben.

Die Analyse kann hier aber nicht stehen bleiben, denn Sicherheitsprobleme werden heute in veränderter Weise wahrgenommen. Hierfür steht insbesondere das Aufkommen des Risikobegriffs in der wissenschaftlichen und politischen Debatte. Selbst in Europa und Deutschland fühlen sich, trotz objektiv nachweisbarer Sicherheitsgewinne, viele Menschen subjektiv immer unsicherer. Eine zunehmende „Versicherheitlichung“ oder „Risikofizierung“ globalisierter Lebensumstände hat dazu beigetragen, dass immer wieder neue vermeintliche Risiken entdeckt werden. Sicherheitspolitik wiederum hat auf diesen Wandel mit einem erweiterten Angebot an Maßnahmen reagiert. Der Aufbau von Raketenabwehrsystemen, internationale Interventionen unter Führung westlicher Staaten oder der Einsatz von Drohnen im Rahmen der vernetzten Kriegführung sind Beispiele hierfür.

Verschärfend kommt hinzu, dass im Zuge der Globalisierung immer mehr Akteure über rüstungsrelevante Technologien verfügen. Die Proliferation von Nukleartechnologie und die Möglichkeit des Missbrauchs durch staatliche und nichtstaatliche Akteure ist das offensichtlichste Beispiel für diese Entwicklung. Ähnliche Probleme stellen sich aber auch in anderen Bereichen, etwa der Bio- oder der Informationstechnologie mit der immer wichtiger genommenen Gefahr von Cyberangriffen oder -kriegen.

In unterschiedlichen Regionen, insbesondere im globalen Süden, sind in der jüngeren Vergangenheit neue Formen kollektiver Gewalt am Rande und vor allem auch außerhalb der staatlichen Einflussosphäre zu beobachten gewesen. In Gewaltamalgamen verbinden sich gegenwärtig, nicht zuletzt als Folge von externen Interventionen, mehr und mehr verschiedene Austragungsweisen von Gewalt, etwa der reguläre Kampf mit irregulären Formen wie Terror, Guerilla-Taktiken, Sabotage oder organisierter Kriminalität. Es zeichnen sich neue Kombinationen, Vermengungen und Wechselwirkungen verschiedener Dimensionen und Arten des gewaltsamen Konfliktaustrags ab, die bewirken, dass sich selbst zentrale Fragen wie die nach Freund und Feind oder dem tatsächlichen Vorliegen eines Angriffs oft kaum mehr beantworten lassen. Für das IFSH ist dies ein Grund zu fragen, wie sich lokale Gewaltformen und Gewaltanwendungen durch Dritte *in Abhängigkeit voneinander* entwickeln und konkreter: wie lokale Konfliktmotive, -konstellationen und hochtechnologiegestützte Streitkräftedispositive aufeinander bezogen sind und welche zukünftigen Entwicklungen sich dabei abzeichnen. Hier ist etwa an die Verwendung moderner Waffen- und Kommunikationstechnologien zu denken und an die kaum noch als herkömmliche Kriege zu bezeichnenden „selective strikes“ durch Drohnen, wie sie vor allem durch die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren praktiziert worden sind.

3.2 Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen

Mit dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und eines weiteren Dutzends von Schwellenländern (z.B. Indonesien, Mexiko, Thailand, Vietnam) kommt es zu einer raschen Veränderung globaler Macht- und Einflussstrukturen. Dies impliziert nicht nur das Ende der zwei Jahrzehnte währenden Dominanz der USA, sondern auch das Ende einer Jahrhunderte dauernden westlichen, d.h. europäisch-amerikanischen globalen Vorherrschaft.

Dieser globale Veränderungsprozess ist komplex und umfasst viele unterschiedliche Dimensionen: Wirtschaft, Wohlstandsverteilung, Ökologie, militärische Kräfteverhältnisse, politische Herrschaftssysteme, Machtausübung auf globaler und regionaler Ebene, aber auch Ideen, Wertesysteme und symbolische Ordnungen. Ein Teil der aufstrebenden Staaten weist autokratische Herrschaftssysteme auf, oder es handelt sich um Demokratien mit schweren Defekten. Da diese Staaten längst eine bedeutsame Machtstellung erreicht haben, muss mit ihnen kooperiert werden, um globale und regionale Konfliktlösungen zu ermöglichen. Hier stellt sich die Frage, wie diese Staaten verlässlich in internationale Systeme zur Konfliktbearbeitung und Problemlösung eingebunden werden

können. Aber auch jene aufsteigenden Staaten, die wie Indien oder Brasilien demokratische Systeme haben, folgen nicht automatisch westlichen Positionen. Das friedens- und sicherheitspolitische Handeln und Denken von Regionalmächten und „neuen Gestaltungsmächten“ muss daher mit in die Analyse der sich wandelnden Bedingungen für die Anwendung von Friedensstrategien einbezogen werden. Dabei ist noch keineswegs ausgemacht, wie diese Staaten sich gegenüber bestehenden politischen, institutionellen und kulturellen Ordnungen verhalten, also ob sie diese übernehmen, anpassen oder ablehnen.

Es ist noch offen, inwieweit der Verlust der wirtschaftlich und politisch dominanten Stellung des Westens mit einem Verlust oder zumindest einer Relativierung des westlichen normativ-symbolischen Deutungs*monopols* einhergehen wird. Auch die Folgen der sich abzeichnenden Ideenkonkurrenz des Westens mit autokratisch-kapitalistischen und patrimonialen Staaten sind deshalb zu untersuchen. Dies gilt insbesondere auch für die Möglichkeit der Verbreitung westlicher Normen – gleichzeitig eine von den liberalen Friedenstheorien als wesentlich erachtete Friedenbedingung und eine von der westlichen Politik oftmals mit missionarischen Attitüden und unter Anwendung doppelter Standards verfolgte politische Praxis.

3.3 Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale

Was *innerstaatliche* Gewaltdynamiken betrifft – auch solche, die mit Globalisierungsprozessen assoziiert sind – so ist der Fokus der Forschung bisher in der Hauptsache auf schwache und Transformationsstaaten gerichtet worden, in denen Verteilungsfragen nicht einvernehmlich geregelt werden konnten. Der Blick auf „failed states“ und Transformationsstaaten bleibt zwar notwendig, da hier in der Vergangenheit kollektive Gewalt am häufigsten aufgetreten ist und in neuer Form und Intensität auch immer wieder erscheint. Es gilt jedoch die Aufmerksamkeit auch auf globalisierungsinduzierte Exklusions- und Fragmentierungsprozesse *innerhalb konsolidierter Demokratien* zu richten. Denn auch bei den westlichen konsolidierten Demokratien werden im Zuge der Finanzkrise die Grenzen des ökonomisch und politisch Machbaren fühlbar. Die Finanzkrise zeigt, dass Erweiterung und Integration sich nicht nur förderlich auf Stabilität und Frieden auswirken, sondern auch neue Herausforderungen und möglicherweise sogar Risiken und Gefahren für Sicherheit und Frieden mit sich bringen. Die Frage, wie Frieden *innerhalb* von demokratischen Staaten erhalten werden kann, ist also genauso relevant und auf seine zukünftigen Bedingungen hin zu untersuchen wie die nach dem Erhalt und der Schaffung von Frieden *zwischen* Staaten.

Es lassen sich hier zwei gleichzeitig ablaufende Prozesse identifizieren, durch die die Grundlagen demokratischer Politik einschneidend verändert werden könnten: Zum einen wird die politische Handlungsfähigkeit demokratischer Regierungen zunehmend eingeschränkt, etwa wenn global agierende transnationale Akteure wichtige Entscheidungen ohne Beteiligung dieser Regierungen treffen, die von ihnen vertretenen Gesellschaften aber von diesen Entscheidungen empfindlich getroffen werden. Zum anderen

verringert die durch die Notwendigkeit zur zwischenstaatlichen Kooperation bedingte Verlagerung von Entscheidungen auf demokratisch nur schwach legitimierte internationale Organisationen die Kongruenz zwischen Regierenden und Regierten.

Wenn es im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen zu starken sozialen Verwerfungen auch in bisher als konsolidiert geltenden Demokratien kommt, dann ist es durchaus vorstellbar, dass Interessenkonflikte auch hier nicht mehr zuverlässig durch allseits akzeptierte Regeln und Prozeduren aufgefangen werden können. Die „*London riots*“ von 2011 mögen noch als singulärer Gewaltausbruch rubrizierbar und die Protestbewegungen in Spanien und anderen europäischen Ländern überwiegend in physischer Hinsicht friedlich verlaufen sein. Es ist aber unübersehbar, dass sich breitere Gegenbewegungen gegen solche Akteure und Prozesse bilden, die als „unverfasste“ Globalisierungsmächte gelten können.

4. Folgen für deutsche und europäische Friedens- und Sicherheitsstrategien

Die dargestellten Entwicklungen betreffen Grundlagen europäischen und deutschen außenpolitischen Handelns und damit auch die Friedens- und Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas.

So stellt sich mit Bezug auf den beschriebenen Formenwandel von Gewalt in einem ersten Schritt die Aufgabe zu fragen, wie sich die Agenden und Entscheidungskalküle für europäische und deutsche Politik im Hinblick auf die Anwendung von Gewalt verändern. Insbesondere sind die Folgen der gestiegenen Fähigkeit zu selektiven Militäraktionen zu untersuchen. Die Relevanz dieser Frage wird am Beispiel der Beschaffung und des Einsatzes bewaffneter Drohnen deutlich. In einem zweiten Schritt sind die ethischen und strategischen Implikationen dieser Entwicklungen für die europäische und deutsche Politik zu analysieren. Europäische und deutsche Akteure haben bei der Befürwortung einer internationalen Kontrolle für viele Waffenarten und -technologien in der Vergangenheit eine Vorreiterrolle gespielt. Eine Forschungsfrage ist, ob sie eine solche Vorbildfunktion auch bei der Verregelung gänzlich neuer militärisch relevanter Technologien einnehmen können und wollen. Die Grundlagen und damit auch die Instrumente zur Verhinderung von Proliferation befinden sich in einem dynamischen Wandel, auf den es neue friedens- und sicherheitspolitische Antworten zu finden gilt.

Die Veränderungen globaler Macht- und Einflusstrukturen werden das politische Handeln auch innerhalb des euro-atlantischen und eurasischen Raums und im Verhältnis zu Europas Nachbarregionen grundlegend prägen. Die Chancen, liberale Friedensstrategien in Politik umzusetzen, müssen angesichts dieser Veränderungen neu bewertet werden. Zum einen verschlechtern sich tendenziell die Chancen europäischer staatlicher Akteure, ihre Vorstellungen mit traditionellen Machtinstrumenten, aber auch „soft power“ durchzusetzen, zum anderen wächst der Einfluss nichtstaatlicher Akteure, die der oftmals widersprüchlichen Umsetzung liberaler Friedensstrategien kritisch gegenüberstehen. Das Selbstverständnis als „Friedensstifter“, das in der EU und in Deutschland weit

verbreitet ist, gerät so von zwei Seiten unter Druck: Die Ablehnung des westlichen Demokratie- und Entwicklungsmodells durch die aufsteigenden Mächte und die innerwestliche Kritik an liberalen Friedensstrategien treffen zusammen. Über die für Friedensstrategien relevanten Fragen im globalen Rahmen hinaus sind für das europäische und deutsche Handeln eine Reihe zusätzlicher spezifischer Aspekte von Bedeutung, so etwa die Art der europäischen und deutschen Beteiligung bei Anstrengungen zum Ausbau von „Global Governance“. Sie ist vorrangig auf die Verregelung der Beziehungen einer Vielzahl von Akteuren ausgerichtet und soll durch Kooperation auf internationaler Ebene die Chancen friedlicher Streitbeilegung, größerer Verteilungsgerechtigkeit und Entwicklung für die Länder des Südens verbessern. Gerade diese spezifische Ausgestaltung der Kooperation ist angesichts der beschriebenen Machtverschiebungen auf ihre friedenspolitische Eignung zu überprüfen.

Die genannten Fragen sollen vorrangig für eine Großregion untersucht werden, für die am IFSH Kompetenz vorhanden ist bzw. geschaffen werden kann, der „eurasisch-atlantische“ Raum. Im Kern umfasst er die Teilnehmerstaaten der OSZE, muss aber analytisch und friedenspolitisch als „regionaler Sicherheitskomplex“ je nach Themenfeld um angrenzende Staaten (etwa China, nordafrikanische Staaten) ergänzt werden.

Auch mit Blick auf neue innerstaatliche Gewaltdynamiken innerhalb der EU und der OECD-Welt stellen sich neue Fragen. Zum einen richten sie sich auf die Formen und die Intensität innerstaatlicher Gewalt sowie auf die von den Akteuren verwendeten Begründungsmuster. Sie richten sich ferner darauf, wie europäische Institutionen und nationale Regierungen auf Gewaltausbrüche deeskalierend und friedenskonform reagieren können. Zum dritten lenken sie den Blick auf neue Formen zivilgesellschaftlichen Engagements (einschließlich des Protests), das notwendige gesellschaftliche Transformationen befördern kann.

5. Leitfragen und Forschungscluster

Die obigen Überlegungen fassen wir in drei Forschungscluster. In den drei Clustern werden Auswirkungen des globalen Wandels untersucht und liberale Friedenstheorien und die aus ihnen abgeleiteten Friedensstrategien auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Diese drei Cluster sind:

- Formenwandel von Gewalt,
- Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen,
- neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale.

Die drei Cluster werden durch die folgenden übergeordneten Leitfragen zusammengeführt:

1. Inwieweit stimmen die in den liberalen Friedenstheorien postulierten Friedensbedingungen mit den aktuellen Rahmenbedingungen des globalen Wandels noch überein? Wo und in welcher Weise weichen sie davon ab?
 - a. Welche friedensrelevanten Bruchstellen haben sich im Zuge des globalen Wandels ergeben und welche Bedingungen waren für ihre Entstehung ausschlaggebend?
 - b. Wie haben sich die Interessenlagen und Einflussmöglichkeiten von Akteuren verändert? Welche neuen Akteure sind hinzugekommen? Welche normativen Vorstellungen und Wahrnehmungen leiten ihr Handeln gegenwärtig an?
2. Inwieweit müssen die etablierten Friedenstheorien und -strategien sowie Agenden und Instrumente insbesondere deutscher und europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik angesichts der gewandelten Rahmenbedingungen verändert oder angepasst werden?
 - a. Inwiefern können Friedenstrategien trotz gewandelter Bedingungen noch an die Erkenntnisse der „etablierten“ Friedenstheorien anknüpfen? Inwieweit haben traditionelle deutsche und europäische Agenden der Herstellung und Sicherung des Friedens mit ihren konstitutiven Prinzipien – Verrechtlichung und Transnationalisierung, Demokratisierung und Menschenrechtsförderung, Marktwirtschaft und freier Handel – noch Aussicht auf Erfolg? Wo sollten Friedensstrategien, ihre Instrumente und Agenden, von solchen liberalen Modellen entkoppelt werden?
 - b. Welche neuen Annahmen ergeben sich für die Friedensbedingungen und wie sollten Friedenstheorien entsprechend umformuliert werden? Wie könnten neue Strategien zur Gewaltvermeidung aus friedenspolitischer Sicht aussehen?

Im Lichte der oben ausgeführten Überlegungen und Leitfragen ergeben sich innerhalb der drei Forschungscluster konkrete Untersuchungsfelder und entsprechende Fragestellungen. Letztere leiten die Bearbeitung der Forschungsgegenstände an, sind aber ihrerseits keine umfassenden Forschungsfragen. Ihre Bearbeitung ist nur mit Bezug auf die Untersuchungsfelder vorgesehen.

5.1. Forschungscluster 1: Formenwandel von Gewalt

5.1.1 Forschungsfeld „Gewalteinsatz und Kriegführung“

- Welche gewandelten bzw. neuen Formen des Konfliktaustrags sind im globalen Zusammenhang beobachtbar?
- Wie entwickeln sich lokale Gewaltformen und hochtechnologiegestützte Gewaltanwendungen in Abhängigkeit voneinander, wie sind lokale Konfliktmotive und -konstellationen und moderne, global einsatzfähige, auf Selektivität abgestellte Streitkräftedispositive (in der Zukunft) aufeinander bezogen?

- Wie ist der Formenwandel in die historisch spezifischen Logiken der Ausübung von Herrschaft und Prozesse sozialen Wandels eingebettet?
- Wie verändern sich Wahrnehmungen und Konzeptionen von Risiken und Sicherheit und wie wirken diese auf Entscheidungen zum Gewalteinsetz?
- Welche friedentheoretischen und ethischen Implikationen haben die neuen Formen der Gewalt?

5.1.2 Forschungsfeld „Waffentechnologie und Proliferation“

- Wie verändern Rüstungs- und Risikotechnologien die Entscheidungskalküle politischer und militärischer Entscheidungsträger?
 - Auf welche Weise verbreiten sich Rüstungs- und Risikotechnologien über nationale Grenzen hinaus?
 - Welche Anforderungen ergeben sich durch neuartige Rüstungstechnologien an Kontrollinstrumente? In welchen Bereichen sind traditionelle Modelle und Ansätze der Rüstungskontrolle noch angemessen?
 - Wie können neue, z.B. zivilgesellschaftliche, Akteure in Kontrollregime eingebunden werden?

5.2. Forschungscluster 2: Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen

5.2.1 Forschungsfeld „Europa als Friedensstifter“

- Welche normativen Vorstellungen leiten die in der EU eingebundenen Akteure an?
- Inwieweit trägt die Vorstellung einer gemeinsamen normativen Friedensordnung innerhalb des Raumes der EU noch? Inwieweit kann sie noch über die Grenzen Europas hinaus ausstrahlen?
- Inwieweit wenden sich „westlich-liberale“ Akteure von den eigenen Normen ab bzw. interpretieren sie neu? Wo und in welcher Weise beeinflussen diese Normen weiterhin Veränderungs- und Anpassungsprozesse in nicht etablierten Demokratien?
- Welche neuen Gestaltungsmöglichkeiten besitzen deutsche und europäische Akteure unter den Bedingungen des globalen Wandels?

5.2.2 Forschungsfeld „Perspektiven für die eurasisch-atlantische Friedensordnung“

- Welche Alternativen zum westlich-liberalen Modell von Staats- und Friedensbildung lassen sich erkennen und wie sind sie zu bewerten?
- Wie kann mit „neuen“ globalen Mächten, die ein international zunehmendes Gestaltungspotenzial entfalten, friedenspolitisch konstruktiv umgegangen werden?

- Wie können wirkungsmächtige „unverfasste Akteure“, etwa global agierende Konzerne, verantwortungsvoll in institutionelle Kontexte eingebunden werden?
- Wie müssen globale kooperative Strukturen im eurasisch-atlantischen Raum gestaltet werden, damit sie zum Frieden beitragen können?

5.3. Forschungscluster 3: Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale

- Welche konfliktträchtigen Verwerfungen sind durch globalisierungsinduzierte Prozesse, wie steigende Verteilungsungleichheit, in Europa zu erwarten?
- Welche neuen innergesellschaftlichen Ansprüche werden an staatliche Friedens- und Sicherheitspolitik formuliert? Inwieweit kann der Staat diesen Ansprüchen gerecht werden?
- Inwieweit entfalten demokratische Prinzipien wie Verregelung, Repräsentation und Partizipation innergesellschaftlich noch konfliktbindende Wirkung?
- Welche Prozesse der Politisierung und Radikalisierung sind im eurasischen Raum zu beobachten? Wie sind diese mit Auswirkungen von Globalisierung verbunden?
- Inwieweit können Politisierung und Radikalisierung zu Konflikten und Gewalt führen? Wo könnten sie Friedensgewinne mit sich bringen, etwa durch Aufmerksamkeit für soziale und politische Missstände und die Initiierung entsprechender politischer Debatten?
- Wie reagieren Sicherheitsinstitutionen und -kräfte auf die neuen innergesellschaftlichen Herausforderungen?

6. Abteilungen – Arbeitsgruppen

Die Forschungsarbeit an diesem Arbeitsprogramm erfolgt sowohl innerhalb der bestehenden Abteilungen des IFSH (ZEUS, CORE, IFAR) als auch übergreifend (siehe Tabelle).

Die bisherigen Schwerpunktsetzungen der Abteilung ZEUS werden auf Arbeiten im Forschungsfeld „Gewalteinsatz und Kriegführung“, „Europa als Friedensstifter?“ und „Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale (Schwerpunkt EU-Europa)“ refokussiert. In den Bereich der innergesellschaftlichen Gewaltpotenziale gehört auch die Untersuchung von Radikalisierung als Schwerpunkt. Für CORE setzt das neue Arbeitsprogramm zum einen Akzente auf die friedensstrategische Bewertung von Konzepten und Ansätzen für Sicherheitsordnungen in einem weiteren Europa unter Berücksichtigung der Stellung dieser Gemeinschaft in der Welt. Zum anderen werden Arbeiten zu Zentralasien/Nordkaukasus als exemplarische Region mit dem Schwerpunkt innergesellschaftliche Gewalt und Gewalteinhegung fortgesetzt. Für IFAR beinhaltet das neue Programm eine Konzentration auf Arbeiten zu neuen militärischen Fähigkeiten und deren Bedeutung für Gewalteinsatz einerseits und Möglichkeiten der Kontrolle von Waffensystemen, Rüstung und Risikotechnologien in einem sich ändernden internationalen System andererseits.

Für die drei Forschungscluster werden Querschnittsarbeitsgruppen eingesetzt, in denen einerseits die Forschungsarbeiten in den einzelnen Abteilungen vernetzt, andererseits aber auch abteilungsübergreifende Projekte initiiert werden. Hierzu gehören Projekte zu den Beziehungen zwischen Gewalteinsatz und Rüstungstechnologie in militärischen Interventionen, zur Proliferation und deren Folgen für den Gewalteinsatz, zur Einschätzung der EU von Konzepten für Sicherheitsordnungen in einem größeren Europa, zu Arrangements zwischenstaatlicher Sicherheitsorganisation in Europa und zu Theorien von Radikalisierung.

Forschungscluster	ZEUS	CORE	IFAR
Formenwandel von Gewalt	Gewalteinsatz durch Staaten/Staatsverbände und nicht-staatliche Akteure		Rüstungstechnologie und Proliferation
Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen	Europa als Friedensstifter?	Perspektiven für eine eurasisch-atlantische Friedensordnung	Perspektiven für Rüstungskontrolle im eurasisch-atlantischen Raum
Innergesellschaftliche Gewaltpotenziale	Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale (Schwerpunkt EU-Europa)	Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale (Schwerpunkt Zentralasien/Nordkaukasus)	

7. Vernetzung

Im Rahmen des Arbeitsprogramms sollen sowohl die Arbeitskontakte vor Ort in Hamburg als auch international verstärkt werden. Mit dem GIGA Hamburg wird eine engere Kooperation im Bereich der Forschung zu globalem Machtwechsel sowie zum Wandel der Gewaltformen angestrebt. GIGA und IFSH sind übereingekommen, ihre jeweiligen regionalen Kompetenzen (GIGA: Afrika, Asien, Lateinamerika; IFSH: Europa, Zentralasien) in diesen gemeinsamen Forschungsfeldern verstärkt in gemeinsamen Vorhaben zusammenzuführen. Die enge Zusammenarbeit mit Instituten der Universität Hamburg in Bezug auf naturwissenschaftliche Aspekte von Friedensforschung (Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung) und Klimafolgenforschung (KlimaCampus) soll fortgeführt, die mit den sozialwissenschaftlichen Fachbereichen (Center for Globalisation and Governance) intensiviert werden. Das IFSH wird hierbei jeweils seine Kompetenzen zur Analyse von Konflikten und zur Entwicklung friedenspolitischer Strategien und Politiken einbringen. Weitere Kooperationspartner vor Ort, mit denen die wissenschaftliche Zusammenarbeit in den Feldern dieses Arbeitsprogramms verstärkt werden

soll, sind zum Beispiel die Helmut-Schmidt-Universität, das Institut für Theologie und Frieden und die Führungsakademie der Bundeswehr.

Auf nationaler Ebene wird der wissenschaftliche Austausch mit Instituten im Bereich der Friedensforschung und Sicherheitspolitik weiter intensiviert. An erster Stelle ist hier die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zu nennen. Das laufende Arbeitsprogramme der HSFK mit dem Titel „Just Peace Governance“ verspricht wertvolle Einsichten in friedentheoretische Grundfragen, die unter dem spezifischen Blickwinkel des IFSH-Arbeitsprogramms – Angemessenheit liberaler Friedensstrategien unter den Bedingungen der Globalisierung – auszuwerten sind. Gleichzeitig können die Erkenntnisse in den drei Forschungsfeldern des Arbeitsprogramms des IFSH die Forschungsergebnisse der HSFK zu Themen des Verhältnisses von Gerechtigkeit und Frieden gut ergänzen.

International ist das IFSH vor allem mit Institutionen in Mittel- und Osteuropa, Zentralasien sowie im Bereich von Abrüstung und Rüstungskontrolle mit solchen in den USA, gut vernetzt. Für die Forschung zum Arbeitsprogramm werden bestehende Kontakte im Rahmen von gemeinsamen Forschungsvorhaben gestärkt und ausgebaut.

8. Lehre und Nachwuchsförderung

Intensive Nachwuchsförderung bleibt ein Schwerpunkt der Tätigkeit des IFSH. Zur Nachwuchsförderung gehören das gemeinsam mit der Universität Hamburg betriebene und vom IFSH durchgeführte Masterprogramm „Peace and Security Studies“ (M.P.S.), ein eigenes Doktorandenprogramm, die Betreuung von Praktikantinnen und Praktikanten am Institut und die Förderung von Post-docs.

Neben dem Studiengang M.P.S. beteiligt sich das IFSH an weiteren Studiengängen der Universität Hamburg wie dem „European Masters Program of Human Rights and Democratisation“ (EMA) und dem Studiengang „Osteuropa“. Soweit es ihre Kernverpflichtungen im IFSH erlauben, werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH sich darüber hinaus in den Fakultäten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften der Universität Hamburg sowie auch an anderen Hochschulen engagieren.

8.1. Masterprogramm „Peace and Security Studies“

Im laufenden Arbeitsprogramm wird die ständige Verbesserung des Angebots des M.P.S. im Vordergrund stehen. Der Studiengang eröffnet Studierenden aus verschiedenen Ländern mit unterschiedlicher Vorbildung die Möglichkeit eines Abschlusses mit sehr guten Berufschancen. Daneben wird ein weiterer Ausbau seiner internationalen Vernetzung angestrebt. Der internationale Studiengang trägt durch seine Absolventinnen und Absolventen zum Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse, Methoden und Forschungsansätze zur Bearbeitung friedensrelevanter Probleme in die politische und gesellschaftli-

che Praxis bei. Er ist auch ein wichtiges Rekrutierungsfeld für den wissenschaftlichen Nachwuchs am IFSH.

8.2 Doktorandenförderung

Das IFSH wird seine Doktorandenförderung in Kooperation mit verschiedenen Graduiertenschulen der Universität Hamburg und des GIGA fortsetzen. Für die Finanzierung von Stipendien sollen bestehende Partnerschaften, insbesondere mit dem DAAD, ausgebaut und neue aufgebaut werden.

8.3 Post-doc-Förderung

Das IFSH strebt eine verstärkte Förderung von Post-docs an. Primäres Ziel ist deren Befähigung zur Stellung von qualifizierten Anträgen bei Einrichtungen der Forschungsförderung. Hierfür werden Post-docs durch erfahrene Wissenschaftler betreut und weiter qualifiziert sowie Drittmittel in Form von Stipendien eingeworben.

9. Transferleistungen und Öffentlichkeitsarbeit

Das IFSH stellt forschungsbezogene Dienst- und Transferleistungen einschließlich regelmäßig erscheinender Standardpublikationen bereit.

Es leistet in erheblichem Umfang Beratung eines breiten Spektrums von gesellschaftlichen und politischen Akteuren auf der Grundlage der eigenen wissenschaftlichen Arbeit. Von besonderer Bedeutung sind enge Arbeitskontakte mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, dem Auswärtigen Amt und Mitgliedern des Bundestages aus verschiedenen Parteien in den Schwerpunktthemenfeldern des IFSH. Auch mit dem Verteidigungsministerium besteht durch den „militärischen Anteil“ des IFSH eine enge Kooperation. Die Beratungstätigkeit soll auf dem erreichten Niveau unter stärkerem Fokus auf die Kernthemen und die Verbesserung der internationalen Wirkung der Arbeit des IFSH fortgeführt werden.

Mitarbeiter/innen des IFSH sind insbesondere im Falle aktueller Krisen gefragte Interviewpartner der Medien. Öffentliche Expertenfunktionen sollen auch in Zukunft wahrgenommen werden, soweit dies durch entsprechende wissenschaftliche Arbeit am IFSH abgedeckt ist. Mit seiner Öffentlichkeitsarbeit leistet das IFSH einen wichtigen Beitrag zur Information der Gesellschaft und fördert den demokratischen Meinungsstreit.

Der Rundbrief IFSH-aktuell informiert über die Institutsarbeit. In den Hamburger Beiträgen wenden sich die Autoren an ein Fachpublikum, in den Hamburger Informationen an eine breite Leserschaft. OSZE-Jahrbuch und Friedensgutachten bleiben als ständig

wiederkehrende Veröffentlichungen, die sich vor allem an politische Entscheidungsträger wenden, wichtige Instrumente, um den Bekanntheitsgrad des IFSH im politischen Umfeld zu steigern. Mit Beginn der Umsetzung dieses Arbeitsprogramms ist eine Neugestaltung der IFSH-Website vorgesehen. In Zukunft werden vor allem englischsprachige Angebote ausgebaut, um die internationale Wahrnehmung zu stärken.